

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	10/2022
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	25.10.2022
Zeit:	19:00 Uhr – 22:05 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	1. Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein; Konrad und Schmitz</p> <p><u>FW</u> Stadträtinnen Streib und Erles; Stadträte Dr. Rothe, Scholl und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert, Oppelt und von Reumont, Stadträte Bernauer und Wagner</p> <p><u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> -</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p>
weiter anwesend:	-
Mitglieder entschuldigt:	Bürgermeister Volk Stadträtin Weber, Stadträte Schendzielorz und La Licata
Urkundspersonen:	Stadträte Bernauer und Wachert
Sachvortrag:	Herr Reuße (Büro W2K) und Herr Arnold (FB 7) zu TOPs 3 und 4; Dr. Bernd Welz (Vorstand Klimastiftung für Bürger) zu TOP 5; Frau Watzelt (FB 1) zu TOP 6; Herr Reess (FB 6) zu TOP 8
Schriftführerin:	Frau Thiele

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger eröffnet die Sitzung um 19 Uhr und begrüßt Stadträtin Erles zu ihrer Premiere im Gemeinderat. Für ihn sei es auch eine Premiere, da er zum ersten Mal eine ganze Gemeinderatssitzung leite. Er erläutert für alle Anwesenden die Regeln der Bürgerfragestunde. Da es aus dem Publikum keine Fragen an das Gremium gibt, teilt er mit, dass TOP 7 (Neufassung des Klimaschutzleitbildes) in Absprache mit dem Klimaschutzbeirat wegen Erkrankung des Verfassers von der Tagesordnung genommen und auf die nächste Sitzung verschoben werde.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 9/2022 vom 27.09.2022**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat Bergsträsser ist aufgefallen, dass viele Wortmeldungen in Textform ins Protokoll aufgenommen worden seien, der Beitrag von Stadtrat Schmitz jedoch nicht. Er schlägt vor, wie bisher Ergebnisprotokolle zu führen.

Frau Polte erklärt, in letzter Zeit hätten die Wünsche zugenommen, Wortmeldungen exakt zu Protokoll zu nehmen. Hierauf hätten nach vorheriger Ankündigung alle Gremiumsmitglieder Anrecht.

Stadträtin von Reumont weist auf einen Fehler auf Seite 7 hin: Sie habe nicht gefragt wann, sondern wie lange die Fördermittel zur Verfügung stünden.

Stadtrat Schmitz bittet darum, bei der Beratung zu TOP 4,5 und 6 einen Satz zu streichen, der missverständlich sei, und seinen Beitrag nicht als Anhang, sondern im Protokoll einzufügen.

Frau Polte sagt die Änderung des Protokolls und die anschließende Neuveröffentlichung auf der städtischen Webseite zu.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die Einarbeitung der Änderungsvorschläge aus dem Gremium wird zugesagt.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 10/2022 vom 27.09.2022 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Vorsitzende verliest die Beschlüsse.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Stelle „Sachgebietsleitung Hochbau“ im Fachbereich 5 zum nächstmöglichen Termin mit Frau Michaela Antonazzo zu besetzen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Stelle „Energiemanagement“ im Fachbereich 5 zum nächstmöglichen Termin mit Herrn Steffen Feßenbecker zu besetzen. Die Stellenbesetzung erfolgt zunächst befristet für 3 Jahre.

Der Gemeinderat beschließt, die Stelle „Stellvertretung der Hortleitung“ für den Hort an der Grundschule Neckargemünd zum nächstmöglichen Termin mit Frau Sina Illenberger zu besetzen.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich, die Stelle „Mobilitätsmanagement und Klimaschutz“ für den Fachbereich 1 ab 01.10.2022 mit Frau Regina Watzelt zu besetzen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, eine Stelle „Zentrales Management für Vergaben, nachhaltige Beschaffung, Fördermittel“ zu schaffen. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung des Stellenprofils und Stellenausschreibung beauftragt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dem Kindergarten Rumpelstilzchen für das Kindergartenjahr 2022/23 einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 10.000 Euro zu gewähren. Dies erfolgt unter der Maßgabe, dass eine tragfähige Finanzplanung vorzulegen ist.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, das Grundstück, auf dem sich der Kindergarten Rumpelstilzchen befindet (Flst. Nr. 4246, Gemarkung Neckargemünd) außerplanmäßig zu erwerben.

3: **Vergabe der Gaskonzession - Abschluss Konzessionsvertrag**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB7 Projektmanager ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger berichtet kurz den Sachstand: Der Gemeinderat habe eine Lenkungsgruppe eingerichtet, die bei allen Verhandlungen dabei gewesen sei. Der Vertrag habe für die Stadt günstiger ausgehandelt werden können als in den Musterverträgen vorgeschlagen. Federführend für die Stadt sei Herr Arnold gewesen, wofür er sich bedankt. Gestern habe die Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke stattgefunden, bei der einstimmig dem Vertrag zugestimmt wurden sei.

Herr Reuße von der Kanzlei W2K stellt einführend dar, wie er gutachterlich die Konzessionsverträge für Gas und Wasser begleitet habe. Die Stadtwerke hätten dem Konzessionsvertrag für Strom und Wasser zugestimmt. Es bedürfe nur noch der Zustimmung des Gemeinderates. Die Verträge setzten die drei wichtigsten Punkte um: Ziele würden erreicht, Aufgaben der Stadt nicht gefährdet und die wirtschaftlichen Interessen gewahrt. Für Gas habe man Verbesserungen zum

Mustervertrag erreichen können. Für die Wasserkonzession gebe es keinen Mustervertrag, weshalb er auch in der Gutachtertätigkeit umfangreicher gewesen sei.

3.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz sagt im Namen der Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Rehberger, sehr geehrter Herr Reuße (W2K),

liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Anwesende,

ich möchte hier im Namen der Grünen Fraktion unsere Stellungnahme abgeben und zugleich einen Vorschlag machen zum weiteren Verfahren.

Vor ungefähr 20 Jahren habe ich schon einmal über einen Gas-Konzessionsvertrag entschieden, ihn damals sogar mit verhandelt. Damals ging es uns Gemeinderäten um Energieautonomie als kommunale Zielvorstellung und um die Frage der möglichen Übernahme der Netze, es ging um eine möglichst hohe Konzessionsabgabe und um Energiedienstleistungen durch den Konzessionär. Wenn ich aus damaliger Sicht den heutigen Konzessionsvertrag betrachte, wenn ich den Muster-Konzessionsvertrag BaWü von 2012 zugrunde lege, muss ich sagen, das hier ist ein sehr guter Vertrag. Noch vor zwei Jahren, als die Lenkungsgruppe des Gemeinderats die Verhandlungen über diesen Vertrag aufnahm, galt Gas als die Brückentechnologie vom fossilen zum erneuerbaren Energiezeitalter.

Das letzte halbe Jahr aber, dieser Erkenntnis können wir uns nicht verschließen, hat alles verändert. Der Angriffskrieg Russlands und der Wirtschaftskrieg Putins hat dem Gasgeschäft den Boden entzogen. Darüber hinaus sind in jüngster Zeit Klimaschutzgesetze in Bund und Land verabschiedet worden, die natürlich auch konkret unsere Stadt Neckargemünd mitbetreffen, in denen es um eine Dekarbonisierung geht, also u.a. auch um den Ausstieg aus dem Erdgas, und die uns bis in absehbarer Zeit klimaneutral machen sollen. Auch wir wollten eigentlich heute ein Klimaschutzkonzept verabschieden, mit dem Neckargemünd bis 2045 klimaneutral gemacht werden soll. Das ist keine unverbindliche, allgemeine Absichtserklärung, das fordert Konsequenzen. Wir fragen uns: Ist es in dieser Situation richtig und verantwortungsvoll, einen Konzessionsvertrag für das Gas-Leitungsnetz abzuschließen mit einer Laufzeit bis Ende 2041, der uns auf all diese heute schon absehbaren Entwicklungen in keiner Weise vorbereitet?

Dass es sich so verhält, möchte ich anhand einiger Zitate aus dem Vertrag und dem Angebot der Stadtwerke, sofern sie Vertragsbestandteil sind, belegen (ich hoffe, das ist gestattet, da der Vertrag ja insgesamt vertraulich ist und auch bleiben soll): In der Präambel wird für die Laufzeit bis Ende 2041 eine Versorgung mit Gas zugesichert, „die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht“. Im Investitionskonzept bis 2027 sind hierfür aber keine Investitionen vorgesehen, es heißt „das Investitions- und Wartungskonzept (der SWN) beruht auf einer zustands- und risikoorientierten Instandhaltungsstrategie“, es ist also nicht ein Konzept des Umbaus in Richtung Erneuerbare.

An verschiedenen Stellen des Angebots ist zwar von „Unwägbarkeiten im Hinblick auf die künftige Gasversorgung“ die Rede, aber das wird im Wesentlichen als Ertragsrisiko gesehen und es wird dieser als quasi schicksalhaft empfundenen Entwicklung eher entgegengebangt, als versucht, sie aktiv zu steuern.

Im §7 des Konzessionsvertrages heißt es dann lediglich „Die Vertragsparteien behalten sich vor, zur Erreichung der jeweils geltenden Klimaschutzziele der Stadt die Bestimmungen des Vertrags (...) einvernehmlich zu modifizieren (... und ...) einvernehmliche Regelungen zu treffen, um das Zusammenwirken von netzgebundener Erdgas- und netzgebundener Wasserstoffversorgung zu fördern.“ In §9 des Konzessionsvertrags ist dann noch eine Art Öffnungsklausel enthalten, die bei „Änderung der energiewirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen“ beide Vertragspartner im Fall der Unzumutbarkeit und Unangemessenheit berechtigen, „Änderungen zu verlangen, um (die Vertragsbestimmungen) den neuen Verhältnissen anzupassen.“ Das wirkt alles nicht geplant und nicht gewollt, sondern lediglich wie eine hilflose Reaktion auf die Launen des Schicksals.

Auch im Verhältnis zu den Kunden ist keine über das unmittelbare Gasgeschäft hinausgehende Beratung angeboten, möglicherweise auch deshalb, weil wir ja aus dem W2K-Gutachten gelernt haben, dass solche Beratungsleistungen oder auch die Erstellung von Energiekonzepten für die Kommunen als „unzulässige Nebenleistungen“ gerichtlich untersagt wurden.

Damit kommen wir schon zum wichtigsten Gegenargument gegen das von mir Gesagte: Das Konzessionsrecht ist im Sinne der seinerzeit so gewollten Entflechtung und der Ermöglichung von Wettbewerb so hochgradig reguliert durch wettbewerbsrechtliche Bestimmungen, dass man da nicht so einfach reingrätschen kann und mal eben von jetzt auf gleich auf fundamentale Veränderungen der Geschäftsgrundlagen fundamentale Vertragsänderungen folgen lassen kann. Möglicherweise ist es rechtlich gar nicht möglich, kurzfristig auf diese Situation anders zu reagieren als mit ein paar halbherzigen Ausstiegsklauseln.

Denn wer sagt uns denn, wo die Entwicklung hingeht? Wird in Zukunft Wasserstoff oder werden andere künstliche Gase das fossile Erdgas ersetzen? Das ist aus meiner Sicht eher unwahrscheinlich. Biogas wird es in unserer Region sicher auch nicht in ausreichendem Maß geben. Bleibt dann nur, das Gasnetz, wie im Vertrag angedeutet, teilweise stillzulegen und als Speicher zu nutzen? Werden die Stadtwerke in den kommenden 20 Jahren das Gasnetz durch ein Wärmeverteilnetz ersetzen, wie es in Heidelberg angestrebt wird? Wir wissen es nicht, aber wir brauchen dringend einen Plan!

Kommen wir damit zu unserem Abstimmungsverhalten:

1. Trotz unserer großen Bedenken wird die Fraktion diesem Konzessionsvertrag zustimmen oder sich mehrheitlich der Stimme enthalten, um die Versorgungssicherheit für die Bürger zu gewährleisten.

2. Wir fordern aber zugleich die SWN auf, umgehend und selbstverständlich auch im eigenen Interesse ein Konzept zu entwickeln, wie die künftige Energieversorgung der Stadt und ihrer Bürger klimaneutral erfolgen soll und wie das Thema Netzentwicklung künftig optimiert in Richtung Klimaneutralität bearbeitet werden soll.

3. Wir könnten uns auch ein Memorandum of Understanding (MoU) zwischen Stadt und Stadtwerken vorstellen, in welchem das Thema Netzentwicklung in den Kontext der kommunalen Wärmeplanung gestellt wird, die wir später auf der TO haben. Dann könnte man dieses Zukunftsthema von beiden Seiten bearbeiten.

4. Deshalb stellen wir den Antrag, über eine entsprechende Erklärung des Gemeinderats im Zusammenhang mit der Konzessionsvergabe abzustimmen.

Vielen Dank für Ihre und Eure Aufmerksamkeit.“

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger entgegnet, dem Antrag könne er nicht stattgeben. Es müsse heute über die Konzessionsverträge in der vorliegenden Version entschieden werden. Man sei bezüglich künftiger Entwicklungen ständig im Gespräch mit den Stadtwerken.

Stadtrat Schmitz erwidert, es gehe ihm darum, Zusammenhänge deutlich zu machen und mit den Stadtwerken Konsequenzen folgen zu lassen.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger erklärt, man lasse das in die Arbeit mit den Stadtwerken einfließen. Mit einem zweiten Aufschlag sei es möglich, doch heute könne es nicht verbunden werden.

Herr Reuße stimmt Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger zu. Der Vertrag werde in 20 Jahren nicht mehr so gelebt werden, wie heute beschlossen. Die Energieversorgung werde sich verändern. Der Vertrag sei nicht die geeignete Stellschraube, um die Wende zu einem klimaneutralen Neckargemünd einzuleiten. Das Netz müsse in jedem Fall instandgehalten werden, denn wenn eine Alternative darauf zurückgreife, dann müsse es auch dafür in Stand sein. Die kommunale Wärmeplanung werde kommen. Wo es in Zukunft hingehe, könne man nicht sagen. Irgendwann werde die Gas-Nachfrage zurückgehen, die genannten Belange seien richtig, aber den Vertrag brauche es in dieser Form. Beides könne nicht verknüpft werden.

Stadtrat Schmitz stellt klar, dass es sich bei dem Antrag nicht um ein Junktim handelt in Verbindung zum Konzessionsvertrag, sondern der Vertrag für ihn der Anlass sei, so einen Prozess in die Wege zu leiten.

Stadtrat Schimpf meint, die Überlegungen seien löblich, aber man habe im gesetzlichen Rahmen ein gewisses Korsett. Bei Änderungen werde man sich im Gremium sicher nicht verschließen, etwas zu modifizieren. Es gehe jetzt um Sicherheit der nächsten Jahre. Stadtrat Schmitz habe recht: bis 2041 werde sich einiges ändern. Er spricht sich dafür aus, Verträge abzuschließen und dann peu à peu mit dem Klimaschutzbeirat Anpassungen vorzunehmen und Änderungen aufzugreifen. Jetzt solle man abschließen, die lange Arbeit daran zum Abschluss bringen, um dann später Änderungen aufnehmen zu können.

Stadtrat Katzenstein fragt nach der Bedeutung der Ex-ante Transparenz-bekanntmachung in der Wasserkonzession. Weiterhin betont er, der Antrag von Stadtrat Schmitz sei nicht mit der Fraktion abgestimmt.

Herr Reuße erklärt, die Veröffentlichung sei noch nicht erfolgt. Man habe diesen Vertrag nicht öffentlich ausgeschrieben und nun stehe die Veröffentlichung an, dass es gemacht werde. Andere könnten nun Einspruch erheben. Man habe sich für dieses Vorgehen entschieden, da man sich gleich für die Stadtwerke Neckargemünd als Vertragspartner entschieden habe.

Stadtrat Rothe nimmt Bezug auf die 22 Monate dauernde Verhandlung, bei der auch jemand der Grünen dabei gewesen sei, sich jedoch nie so kritisch geäußert habe. Er müsse Herrn Schimpf im Punkt Versorgungssicherheit zustimmen. Der Fraktion der Freien Wähler sei es wichtig, dass Primärenergie sowie die Wasserversorgung in kommunaler Hand verbleibe. Nach der Ansicht der Freien Wähler würde mit dieser Herangehensweise ein wichtiges Stück Versorgungssicherheit für die Bevölkerung geschaffen. Die Fraktion der Freien Wähler wird dem Gaskonzessionsvertrag mit den Stadtwerken Neckargemünd in der vorliegenden Fassung zustimmen.

Stadträtin von Reumont hält die Verträge ebenfalls für gut verhandelt. Herr Reuße, habe alles passend zusammen vorgetragen, weil es zusammengehöre.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger erklärt, man werde die Verträge einzeln abstimmen.

Stadträtin von Reumont ergänzt, die Versorgungssicherheit sei wichtig und ebenso der Grundgedanke von Stadtrat Schmitz richtig. In 20 Jahren passiere sehr viel; aktuelle habe man den Krieg in der Ukraine. Wenn man nun über das Netz spreche, sei man im Zugzwang zu fragen, wo das Gas herkomme, und müsse nachdenken, wie es sich weiterentwickle. Man habe sehr lange verhandelt, fast schon 3 Jahre, da es ein langes und komplexes Verfahren und nicht sehr unkompliziert sei. Daher dankt sie Herrn Arnold für seine souveräne Leitung und dass er alle bei der Stange gehalten habe. Mit Corona sei es nicht immer einfach, viel sei per E-Mail statt bei Treffen diskutiert worden. Man müsse an die Zukunft denken und sich nicht einem Medium verschreiben, das ein Auslaufmodell sei.

Stadtrat Fritsch findet die Verträge ebenfalls sehr gut. Alle Beteiligten hätten sich sehr viel Mühe gemacht. Vor 20 Jahren habe er auch mitgemacht. Ihn störe die lange Laufzeit, und die Anregungen von Stadtrat Schmitz könne er nachvollziehen. Grundversorgung müsse man sicherstellen, könne dahingehend nichts Anderes machen. Mit geschickten Verhandlungen sehe er jedoch noch die Möglichkeit noch mehr Entgegenkommen zu erreichen.

Stadtrat Wachert erinnert Stadträtin von Reumont und Stadtrat Schmitz daran, dass die Stadtwerke und Stadt großes Interesse hätten, auf Veränderungen angemessen zu reagieren.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger und Stadtrat Katzenstein bestätigen, das laut Vertrag Änderungen bei geänderten Bedingungen möglich seien.

Stadtrat Schmitz stellt klar, er werde zustimmen und ergänzt, sein Antrag sei irgendwie falsch aufgefasst worden. Ihm gehe es darum, den Vertragsabschluss zum Anlass zu nehmen, in diese Richtung konkret etwas zu unternehmen und nicht auf sich zukommen zu lassen, sondern zu gestalten. Zum Konzessionsvertrag Wasser merkt er an, die Bodenseewasserversorgung sei in den Vertragserläuterungen aufgeführt. Momentan seien das 6% der Wasserversorgung. Beim Beschluss dort anzuschließen, sei vereinbart worden, dass dieser Anschluss nur für Notfälle sei und das Wasser von dort so minimal wie möglich zu halten, sodass Leitungen ausreichend

gespült würden. Dies habe sich damals bei 2% des damaligen Wasserbedarfs bewegt. Warum jetzt 6%? Er weist darauf hin, man habe in der Vergangenheit nicht gewollt, dass dies zum integralen Bestandteil der eigenen Versorgung werde.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger bedankt sich für den Hinweis und verspricht, bei der nächsten Aufsichtssitzung den technischen Leiter zu fragen, warum von 2% auf 6% erhöht worden sei.

Stadtrat Hertel ist wegen einiger Wortmeldungen verwundert. Man habe einen Vertrag, der letztes Jahr ausgelaufen sei, und mache nun einen neuen. Bürger nutzten Gas als Rohstoff und es sei im Sinn der Verbrauchersicherheit sehr wichtig. Man habe sogar das Angebot eines regionalen Anbieters. Bei einer Ausschreibung müsse man einen externen Anbieter bei besserem Angebot nehmen. So habe man Mitspracherecht über Leitung und Netz. Man müsse sich hier an den gesetzlichen Rahmen halten. Aktuell sei so ein Vertrag eben notwendig und die Stadt brauche ihn. Heute müsse zugesagt werden, sonst habe man keine sichere Versorgung für die Bevölkerung.

Stadträtin Linier findet es merkwürdig, wenn die Grünen sagen, sie wollten die Versorgung der Bevölkerung garantieren, sich aber enthalten. Damit würden sie spekulieren, dass alle anderen zustimmen.

Stadtrat Fritsch nimmt Bezug auf die Wasserkonzession, da das Schwimmbad in Neckargemünd viel Wasser brauche. Man habe ja noch stillgelegte Brunnen, deren Wasser günstiger als das Bodenseewasser sei. Bei Gas müsse seiner Ansicht nach Ja gesagt werden.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger versichert, man arbeite daran, die Brunnen zu aktivieren.

Stadträtin Groesser stellt als Vorsitzende der Fraktion klar, die Grüne sehen die Notwendigkeit, und wissen, dass der Vertrag unumgänglich sei. Sie seien nicht gegen diesen Vertrag. Man denke jedoch weiter und deshalb gebe es die Überlegungen, wie es in Zukunft aussehen könne. Man müsse sich Gedanken machen, was geschehe, wenn kein Gas mehr fließen könne, dürfe oder solle.

Laut Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger sei damit klar, dass der Vertrag gut sei und gebraucht werde. In den nächsten 20 Jahren müsse man sich Gedanken machen, was dann durch die Leitungen läuft.

Stadtrat Bergsträsser beantragt namentliche Abstimmung.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger erklärt, dass die einzelnen Beschlüsse zum Gaskonzessionsvertrag en bloc abgestimmt werden.

3.3: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat nimmt das Gutachten der Rechtsanwaltskanzlei Wurster Weiss Kupfer vom 05.10.2022 zur Bestätigung der Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen des Gas-Konzessionsvertrags nach § 107 Absatz 1 Gemeindeordnung zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der Gaskonzession an die Stadtwerke Neckargemünd GmbH auf Grundlage des verbindlichen Angebots vom 24.08.2022 und des darin enthaltenen Gas-Konzessionsvertrags zu.
3. Der Gemeinderat beauftragt und ermächtigt die Verwaltung
 - a. den Beschluss nach Ziffer 2, das verbindliche Angebot vom 24.08.2022 mit dem Entwurf des Gas-Konzessionsvertrags sowie das Gutachten nach Ziffer 1 der Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 108 Gemeindeordnung vorzulegen,
 - b. vor Vertragsschluss notwendig werdende Anpassungen des Gas-Konzessionsvertrags vorzunehmen, soweit sie rein redaktioneller Natur sind oder die Rechtsaufsichtsbehörde dies im Verfahren nach § 108 Gemeindeordnung für erforderlich halten sollte und sich wesentliche Vertragsinhalte dabei nicht grundlegend verändern, und
 - c. nach Bestätigung der Gesetzmäßigkeit des Beschlusses nach Ziffer 2 durch die Rechtsaufsichtsbehörde oder Nichtbeanstandung innerhalb eines Monats (§ 121 Absatz 2 Gemeindeordnung) sowie nach öffentlicher Bekanntmachung der Vergabeentscheidung gemäß § 46 Absatz 5 Satz 2 Energiewirtschaftsgesetz den Gas-Konzessionsvertrag mit der Stadtwerke Neckargemünd GmbH abzuschließen.

Die Beschlüsse werden mehrheitlich gefasst. Die Abstimmung erfolgte namentlich:

Ja-Stimmen: Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann, Dr. Welter;
 Stadträte Katzenstein und Konrad (Grüne)
 Stadträtinnen Erles und Streib; Stadträte Rehberger, Dr. Rothe,
 Scholl, und Wachert (Freie Wähler)
 Stadträtinnen Weichert, Oppelt und von Reumont; Stadträte
 Bernauer und Wagner (CDU)
 Stadträtinnen Linier und Striegel; Stadträte Bergsträsser, Hertel,
 Hornung und Schimpf (SPD)
 Stadtrat Fritsch (fraktionslos)

Nein-Stimmen: –

Enthaltungen: Stadtrat Schmitz (Grüne)

4: **Vergabe der Wasserkonzession – Abschluss Konzessionsvertrag und Löschwasservereinbarung**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 7 Projektmanager ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

4.2: **Beratung:**

Die Beratung erfolgte zusammen mit TOP 3.

4.3: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat nimmt das Gutachten der Rechtsanwaltskanzlei Wurster Weiss Kupfer vom 05.10.2022 zur Bestätigung der Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen des Wasser-Konzessionsvertrags nach § 107 Absatz 1 Gemeindeordnung zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der Wasserkonzession an die Stadtwerke Neckargemünd GmbH auf Grundlage des verbindlichen Angebots vom 24.08.2022 und des darin enthaltenen Wasser-Konzessionsvertrags sowie der darin enthaltenen Löschwasservereinbarung zu.
3. Der Gemeinderat beauftragt und ermächtigt die Verwaltung
 - a. den Beschluss nach Ziffer 2, das verbindliche Angebot vom 24.08.2022 mit den Entwürfen des Wasser-Konzessionsvertrags und der Löschwasservereinbarung sowie das Gutachten nach Ziffer 1 der Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 108 Gemeindeordnung vorzulegen,
 - b. vor Vertragsschluss notwendig werdende Anpassungen des Wasser-Konzessionsvertrags und der Löschwasservereinbarung vorzunehmen, soweit sie rein redaktioneller Natur sind oder die Rechtsaufsichtsbehörde dies im Verfahren nach § 108 Gemeindeordnung für erforderlich halten sollte und sich wesentliche Vertragsinhalte dabei nicht grundlegend verändern,
 - c. eine Bekanntmachung nach § 135 Absatz 3 Satz 2 Nr. 2 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit den dort vorgegebenen Inhalten im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen, mit der die Absicht der Stadt Neckargemünd bekundet wird den Wasser-Konzessionsvertrag und die Löschwasservereinbarung mit der Stadtwerke Neckargemünd GmbH abzuschließen (sog. Ex-ante Transparenzbekanntmachung), und
 - d. nach Ablauf der Frist gemäß § 135 Absatz 3 Satz 2 Nr. 3 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen sowie nach Bestätigung der Gesetzmäßigkeit des Beschlusses nach Ziffer 2 durch die Rechtsaufsichtsbehörde oder Nichtbeanstandung innerhalb eines Monats (§ 121 Absatz 2 Gemeindeordnung) den Wasser-Konzessionsvertrag und die Löschwasservereinbarung mit der Stadtwerke Neckargemünd GmbH abzuschließen.

Die Beschlüsse werden einstimmig gefasst.

5: **Kooperation Klimastiftung für Bürger zur Klimaschutzkommunikation**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Welz stellt die Klimaarena vor und macht darauf aufmerksam, dass es nicht nur um Schulen gehe, sondern ein Angebot für die ganze Bevölkerung darstelle.

5.2: **Beratung:**

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger hält die Klimaarena für ein hochinteressantes Angebot für alle Altersklassen, auch für die Mandatsträger. Er schlägt vor, eine Arbeitsreise nach Sinsheim in die Klimaarena zu machen. Man sei

schon bei der AVR und in Heidelberg beim Abwasserzweckverband gewesen. Es würde sich anbieten, diesen Workshop am Samstag zu machen.

Stadtrat Schimpf schließt sich dem an. Auch wenn die Zielgruppe eher seine Enkelkinder seien, habe er selbst bei seinem Besuch viel Spaß gehabt. Man könne dies als Gemeinde nur unterstützen, damit sich möglichst viele Leute davon beeindrucken lassen und im privaten versuchen Konsequenzen zu ziehen.

Stadtrat Hornung findet es als Geografie-Lehrer gut und würde gerne mit seinen Schülern hingehen. Zu den im Haushalt für Besuche in der Arena einzuplanenden 3.000 € dafür schlägt er vor, die Stadt solle, da sie nur Schulträger, aber nicht für das Bildungsangebot zuständig sei, das Geld durch Förderangebote des Landes zurückholen.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger erläutert, man habe die Mittel als Vorsichtsposten für Dinge wie Fahrtkosten eingestellt. Wenn Fördertöpfe angezapft werden könnten, werde man dies prüfen und dann in Anspruch nehmen. Nichtsdestotrotz brauche man aber eingestellte Mittel, um die Umsetzung sicher zu stellen.

Herr Dr. Welz ergänzt, diese Art von Kooperationsvereinbarungen habe man bereits mit vielen Kommunen abgeschlossen. Meist sei es so, dass die Kommune zunächst die Kosten übernehmen, um einen Besuch der Einrichtung möglichst einfach zu machen.

Stadträtin Welter bestätigt als Chemie- und Physiklehrerin, wie wichtig und gut die angebotenen Workshops der Klimaarena seien. Sie habe bereits für eine Klasse ein Angebot gebucht und fragt daher, ab wann das Angebot gelte und ob Fahrtkosten enthalten seien.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger antwortet, bei Zustimmung gelte das Angebot ab sofort. Die eingestellten Mittel könnten auch für Fahrtkosten genutzt werden. In jedem Fall seien dieses Jahr Mittel für Klimaprojekte im Haushalt enthalten.

Herr Dr. Welz ergänzt, es sei auch möglich die Rechnung für das nächste Jahr zu stellen.

Stadtrat Fritsch bedankt sich für die Präsentation. Er meint, man müsse an diesem Thema dranbleiben, da es für die Jugend wichtig sei, und die bereitzustellenden 3.000 € halte er für eine gute Sache.

Stadträtin von Reumont sagt, es täte allen Menschen gut, dahin zu gehen. Die Sensibilisierung bei diesem Thema halte sie für wichtig. Dass 3.000 € in der Diskussion plötzlich „wenig“ seien, sei für sie hochinteressant und sie werde daran oft und scharf erinnern. Gemäß dem Vorschlag der CDU solle man natürlich sehen, wo man Fördermittel bekomme. Weiterhin gebe es noch die Hanna-Weis-Stiftung, wo man ebenfalls einen Antrag einreichen könne.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger stimmt diesem Vorschlag zu; die Verwaltung solle einen entsprechenden Antrag stellen.

Stadträtin Schlüchtermann fragt, warum 15 Schulklassen für das ganze Jahr geplant seien. Sie halte das für sehr wenig. Daher möchte sie wissen, ob es Kapazitätsgrenzen gebe oder dies an den 3.000 € liege.

Herr Dr. Welz sagt, jeder Schüler/ jede Schülerin solle zumindest einmal kommen. Es gebe jedoch keine Kapazitätsgrenze. Das Geld solle interessierten Schulen und Vereinen zur Verfügung stehen, um Besuche in der Klimaarena zu ermöglichen. Die bisherige Rückmeldung sei, dass es toll für Kinder ist und diese ihr Wissen dann auch in Familien tragen würden. Die Stadt Bruchsal habe eine Bürgerfahrt organisiert und dazu Multiplikatoren wie Elternbeiräte und Vorsitzende eingeladen. Dies sei für alle Beteiligten ein sehr gutes Ereignis gewesen, um die Botschaft in der Stadt weiter zu verteilen. Eine Veranstaltung dieser Art könne ein Impuls sein.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger hält es für einen wichtigen Hinweis, nicht nur Entscheidungsträger, sondern auch Multiplikatoren einzubeziehen.

Stadträtin Linier weist darauf hin, dass es mit den Schulen besprochen werden solle und gegebenenfalls der Besuch für bestimmte Klassenstufen festzulegen sei. Bei festen Bestandteilen des Bildungsplans gebe es entweder Zuschüsse vom Land oder Eltern zahlten Ausflüge.

5.3: **Beschluss:**

Die Stadt Neckargemünd stimmt der Unterzeichnung der vorgelegten Kooperationsvereinbarung mit der Klimastiftung für Bürger bezüglich der KLIMA ARENA Sinsheim einstimmig zu.

Mittel in Höhe von 3.000 € für den Besuch von Schulklassen der KLIMA ARENA in Sinsheim werden in den Haushaltsentwurf 2023 eingestellt.

Das Klimaschutzmanagement wird beauftragt, für das Frühjahr 2023 eine Fortbildungsveranstaltung für die Gemeinderäte in der KLIMA ARENA zu organisieren.

Der Vertrag wird von Herrn Welz und Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger unterschrieben.

6: **Kommunale Wärmeplanung**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Vorsitzende berichtet, man habe sich ambitionierte Ziele im Klimaschutzleitbild gesetzt. Die Wärmeplanung könne ein probates Mittel sein, diese zu erreichen, wie in der Vorlage ausführlich dargestellt. Ab 20.000 Einwohner müsse eine Kommune

das vorlegen, ab 5.000 Einwohnern sei es optional. Die Stadt Neckargemünd wolle auf freiwilliger Basis einsteigen und habe Mitstreiter gesucht. Vom Land werden bis zu 80% gefördert. Im Konvoi mit Wiesenbach und Mauer beliefen sich die Kosten dann vermutlich auf 14.000 bis 15.000 €.

Frau Watzelt ergänzt, man warte nun auf die Entscheidung von Mauer. Nach deren Zustimmung werde man sich sofort mit der KLiBA, die die Stadt dabei beraten könne, zusammensetzen, um gemeinsam die Förderanträge zu stellen und die Ausschreibungen auf den Weg zu bringen.

6.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein erinnert an die Aktion „BEST Weststadt“ von 2008. Man habe damals einen Bioenergie-Stadtteil schaffen wollen. Nachdem ein wichtiger Abnehmer der Wärme abgesprungen sei, habe die Idee nicht umgesetzt werden können. In Kleingemünd habe man ein Nahwärmenetz installiert und diskutiere in Mückenloch, ob das dort ebenfalls machbar sei. Er lobt die Sachdarstellung und hebt hervor, dass bis 2040 netto keine Treibhausgase mehr ausgestoßen werden dürften. Unter Punkt 4 vermisse er bei den Schritten die Nennung von Akteurinnen und Akteuren. Außerdem bevorzuge er eine Evaluation alle 2 Jahre. Dies solle bei einer Ausschreibung mit dabei sein.

Frau Watzelt sagt, nach Leitfaden erfolge diese alle 7 Jahre. Man könne aber auch abweichend die Zyklen kürzen.

Stadtrat Katzenstein fragt, warum nicht alle GVV-Gemeinden dabei seien. Er befürwortet, dass zumindest ein Konvoi mit Wiesenbach und Mauer zusammenkomme. Man müsse sich auch beeilen, da größere Kommunen das machen müssten. Aus seiner Sicht sei es ein wichtiger Beschluss.

Frau Polte erklärt, Bammental und Gaiberg möchten im Klimaschutz eigene Wege gehen und nicht mehr mit Neckargemünd zusammenarbeiten.

Stadtrat Hertel bedankt sich im Namen der SPD für die Vorlage und auch die Erklärungen von Frau Polte. Auch wenn der Titel erst an Fernwärme denken lasse, gehe es um den Wärmebedarf. Er bedauert, dass der Konvoi nicht über den GVV zustande kam und hofft auf ein deutliches Zustimmungsergebnis, um Mauer zu zeigen, man sei ein zuverlässiger Partner. Wichtig sei auch, die Fördermöglichkeiten zu nutzen.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger erklärt, man könne als Kommune dies auch alleine angehen, aber kleineren Gemeinden wie Mauer und Wiesenbach sei dies nicht möglich und als ein Konvoi gelte es erst ab drei Kommunen. Wenn es beschlossen werde, teile er dies gleich am nächsten Tag früh Mauer und Wiesenbach mit.

Stadträtin von Reumont sagt, dies sei ein Papier, das längst überfällig sei und bedankt sich im Namen der Fraktion für das Angehen der Wärmeplanung. Es handle sich um eine übersichtliche und pragmatische Vorstellung, bei der man gut nachvollziehen könne, woher Zahlen und Fakten kämen. Es wäre nun wichtig, dies nach außen zulegen und den Stand des Vorankommens z. B. als Balken- und Kreisdiagramm zu kommunizieren. Sie fragt, woher die Idee mit dem Konvoi komme, da man es auch alleine machen könne.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger sagt, diese Idee stamme von den kleineren Gemeinden. Mauer habe mitbekommen, das Neckargemünd und Wiesenbach zusammenarbeiten.

Stadträtin von Reumont freut es, der Wunschpartner zu sein. Weiterhin fragt sie, was mit Lobbach sei und erklärt, die CDU werde zustimmen.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger antwortet, Lobbach habe sich für ein Vorgehen innerhalb des dortigen GVV entschieden.

Laut Stadträtin Erles begrüßen auch die Freien Wähler die Wärmeplanung als Beitrag für das Erreichen der Klimaschutzziele. Ergebnisse sollten dann ebenso auf städtische Immobilien übertragen werden. Die Freien Wähler würden daher zustimmen.

Stadtrat Fritsch sieht damit die Stadt auf dem richtigen Weg. Man müsse die Leute mitnehmen. Wichtig sei die Öffentlichkeitsarbeit. Man müsse nicht nur Energie sparen, sondern auch viel Informationen liefern. Das Blockheizwerk in Kleingemünd werde mit 60-KW-Öfen ausgetrickst. Nur gemeinsam sei Sparpotenzial wirklich vorhanden.

Stadtrat Bergsträsser widerspricht. Es stehe im Bebauungsplan von Kleingemünd, und man habe sich da selbst ausgetrickst.

Stadtrat Wachert ergänzt zum Blockkraftwerk in Kleingemünd, da er selbst in der Nähe wohne, die Leute würden überlegen, ob sie ihre Heizung austauschen oder beim Blockkraftwerk mitmachen und sich nun anschließen wollten. Über die Möglichkeiten müsse man informieren.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger sagt, dies liege auch mit bei den Stadtwerken. Da müsse mit den Stadtwerken geklärt werden, ob man da Leitungen legen könne.

Stadtrat Hertel habe dies schon früher einmal mit dem technischen Leiter der Stadtwerke besprochen, da es einige Anfragen aus der Saarstraße gegeben habe. Es mache aber keinen Sinn, Häuser, die nicht in der Energiestufe des Neubaugebiets seien, da anzuschließen. Es gebe jedoch eine andere Möglichkeit, um das Heizkraftwerk besser auszulasten. Das Schwimmbad sei mit seinem hohen Verbrauch im Sommer, wenn andere nichts brauchen, und kaum Verbrauch im Winter besser geeignet. Es lohne sich nicht, die Saarstraße aufzureißen, um dann man nur wenige anschließen zu können.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger möchte dies trotzdem ansprechen. Eventuell könne man das Heizwerk vergrößern. Nahwärme für das Schwimmbad sei ja ein langgehegter Wunsch des Gremiums. Die Stadtwerke müssten sich dem annehmen.

Stadtrat Schmitz ergänzt zum Heizkraftwerk in Kleingemünd, man habe schon beim Bau darauf hingewiesen, dass es möglich sein solle neue Gebäude (z. B. „Kieselsteine“ an der Neckarsteinacher Str.) anzuschließen. In der Vergangenheit sei dies an Preisfragen gescheitert. Er erwarte von Wärmeplanung, dass Prioritäten anders gesetzt würden und die Kosten nicht mehr so eine Rolle spielten, sondern andere Faktoren.

Stadtrat Wachert hält den Anschluss vom Schwimmbad für logisch. Bei älteren Häusern gebe es kaum Niedrigenergiehäuser. Vielleicht gebe es eine andere Lösung, dass es zum Beispiel über den Verbrauch geregelt werden könne, um weitere Häuser anzuschließen.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einer freiwilligen kommunalen Wärmeplanung im Planungskonvoi zu, wenn mindestens zwei der drei sich mit der Stadt Neckargemünd im Gespräch befindlichen Gemeinden für eine gemeinsame Beauftragung aussprechen.

Sofern sich kein Konvoi ergibt, führt die Stadt Neckargemünd die kommunale Wärmeplanung alleine durch.

Die Stadt wird beauftragt, im Konvoi, hilfsweise alleine, einen entsprechenden Förderantrag zu stellen sowie eine entsprechende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den anderen Konvoi-Kommunen abzuschließen.

Die Beschlüsse werden einstimmig gefasst.

7: **Klimaschutzleitbild – Überarbeitung**

Der TOP wurde bereits vor Beginn der Sitzung von Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger in Absprache mit dem Klimaschutzbeirat von der Tagesordnung genommen, da der Verfasser und der Bürgermeister in der Sitzung nicht anwesend sein können.

8: **Straßenunterhaltung: Jahresvertrag „Tiefbauarbeiten 2023/2024“ – Vergabe der Bauleistung**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

8.2: **Beratung:**

Stadträtin Linier fragt bezüglich des Firmensitzes in Mosbach, ob die Firma rasch vor Ort sein könne.

Herr Reess sagt, vereinbart sei spätestens am nächsten Werktag, wie bisher.

Stadtrat Konrad fragt, ob der Wert nach den bisher anfallenden Kosten geschätzt worden sei, was Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger bejaht.

Stadtrat Fritsch findet das gut und lobt die Arbeit von Herrn Reess.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, der Vergabe des Jahresvertrages „Tiefbauarbeiten 2023/2024“ an den Bieter, der Firma Johann Schuler & Sohn GmbH + Co.KG, 74821 Mosbach, zuzustimmen.

9: **Zukunft der Kulturarbeit in Museum und Stadtbücherei**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Frau Polte erklärt, dass die Kulturarbeit zwar eine freiwillige Aufgabe sei, man trotz der schwierigen finanziellen Lage, weiter an Museum und Bücherei festhalten wolle. Die Ausschreibung solle offen gestaltet werden, um neue Entwicklungen für den Kulturbereich möglich zu machen.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger berichtet von der Ausstellungseröffnung am Sonntag im Museum. Er habe gesehen, welche Arbeit Frau Meyer zu Schwabedissen leiste und ihr dafür ein kleines Dankeschön für ihr unersetzbares Engagement überreicht.

9.2: **Beratung:**

Stadträtin Welter bedankt sich im Namen der Grünen bei Frau Meyer zu Schwabedissen für ihr Engagement. Die Stadtbücherei sei eine unglaubliche Institution: nicht klein, sondern ein Kleinod in Neckargemünd. Alle ihre vier Kinder würden bestens von der Stadtbücherei versorgt. Dies sei eine großartige Arbeit, die von Frau Körte gewiss gut weitergeführt werde. Die Grünen sähen die Kultur als wichtigen Aspekt der Stadt und werden zustimmen.

Stadtrat Wagner bedankt sich im Namen der CDU bei Frau Meyer zu Schwabedissen. Man habe es schon gesagt, sie habe die Stadt wirklich mit tollen Aktionen, wie dem Museumsfest und Ausstellungen, mit viel Herzblut und fundiertem Wissen bereichert. Man werde sie schmerzlich vermissen, und wünsche ihr alles Gute für den neuen Lebensabschnitt und zukünftige Projekte. Die Fraktion könne sich bei Ausschreibung vorstellen, dass Bewerber neues Konzept erstellen und darin auf Museum, Bücherei und Kultur in Neckargemünd eingehen. Es solle sich mindestens um eine 30-Stunden-Stelle handeln.

Stadtrat Wachert spricht im Namen der Freien Wähler den Dank an Frau Meyer zu Schwabedissen aus. Man sei traurig, dass sie geht, wünsche ihr alle Gute und hoffe, sie werde weiter für die Stadt aktiv sein. Es stelle sich die Frage, warum die Stadt die Stelle erst so spät ausschreibe. Die hätte schon vor einem halben Jahr geschehen müssen. Es sei wichtig solche Institutionen zu haben, die man am Wochenende mit Familie und Kindern ansteuern könne. Hoffentlich komme man weiterhin mit 30 Stunden/Woche zurecht.

Stadtrat Schimpf findet es gut, dass Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger die Verabschiedungsserie eingeleitet habe. Dies sei ein Zeichen der Würdigung und Wertschätzung. Er betont, was in den 30 Stunden nicht geschafft werden konnte, habe sie ehrenamtlich geleistet: im Arbeitskreis und anderen Gelegenheiten. Es kam am Sonntag schon zur Sprache, dass auch ihr Ehemann mitgewirkt habe. Er hoffe nun, wieder so eine engagierte Person zu finden.

Stadträtin Groesser möchte nicht unerwähnt lassen, dass die Arbeit in Museum und Bücherei nicht ohne ehrenamtliche Helfer möglich sei. Sie möchte diesen Helfern, die fast genauso wichtig für die Kulturarbeit seien, ihren Dank aussprechen.

Stadtrat Fritsch bedankt sich ebenso bei Frau Meyer zu Schwabedissen. Sie habe Neckargemünd nach außen getragen.

Stadtrat Schmitz sagt, die Frage, ob man Kulturarbeit brauche, sei überflüssig. Kultur sei ein identitätsstiftendes Element. Bei der Ausschreibung solle man die Kulturarbeit im breiten Spektrum verstehen. Man müsse sich Gedanken machen, wie man junge Menschen an diese Kulturarbeit heranführt. Er denke da ein bisschen an neue Konzeptionen und Multimedia, die durchaus Bestandteil sein könnten. Es werde

sicher auch an den Personen hängen, die sich bewerben. Er wünsche sich eine konzeptionelle Idee von den Bewerbenden. Er sehe in der ganzen Sache, nicht nur wehmütig zurück, sondern auch positiv in die Zukunft.

Auch Stadträtin Schlüchtermann bedankt sich herzlich bei Frau Meyer zu Schwabedissen für die geleistete Arbeit. Sie sehe die Situation aber auch positiv, da mit der Villa Menzer und Park es zukünftig neue Möglichkeiten für Kunst und Kultur gebe.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat befürwortet und bestätigt einstimmig den Wert der Institutionen Museum im Alten Rathaus und Stadtbücherei für die kulturelle Identität der Stadt und spricht sich für einen Weiterbetrieb aus. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stelle des/der Kulturreferenten / in aktuell bewerten zu lassen sowie im Nachgang zügig neu auszuschreiben mit einem zeitlichen Umfang von bis zu 30 Wochenstunden.

10: **Übernahme einer Rückbürgschaft gegenüber der Stadtwerke Heidelberg GmbH**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

10.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein erinnert daran, dass man in der Höhe der Bürgschaften limitiert sei und fragt, ob diese noch im Rahmen sei.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger bestätigt, man befinde sich noch im Rahmen.

Stadtrat Fritsch versteht dies nicht als Risiko, sondern als eine Sicherheit.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger widerspricht ihm in diesem Punkt. Im Falle einer Insolvenz der Stadtwerke Neckargemünd – wenn sie daher den Kredit nicht bedienen könnten – sei die Stadt in der Haftung.

Stadträtin von Reumont fragt nach den Gründen für diese Rückbürgschaft.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger antworte, dass man Anteilseigner der Stadtwerke sei und auch so haften. Diese hätten eine gute Eigenkapitalausstattung, von daher seien auch Rücklagen vorhanden.

Stadtrat Wachert meint, es sei eine GmbH wegen der Haftung, und man gehe nun darüber hinaus, die Haftung der GmbH ginge dann an die Stadt.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger weist darauf hin, keine Bank gebe einer GmbH die 1,6 Mio € einfach so.

Stadträtin Groesser bittet um eine Erklärung, warum diese Rückbürgschaft notwendig sei.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger erklärt, die Bank, die die 1,6 Mio. € ausgelegt habe, habe eine Bürgschaft der Stadtwerke Heidelberg in den Büchern als Sicherheit. Die sagten nun, uns gehören sie nicht zu 100%, also müsse Neckargemünd für den eigenen Anteil geradestehen und das seien 45,04%.

Stadtrat Konrad fragt, welchem Zweck die 1,6 Mio. € dienen.

Da Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger im Aufsichtsrat der Stadtwerke sei, wisse er, dass diese Summe für die Sanierung des Parkhauses Pflughof benötigt würde. Diese koste 1,8 Mio €.

Stadtrat Konrad geht davon aus, dass über die Weiterführung des Parkhauses der Kredit getilgt werde.

Stadtrat Katzenstein bewertet den Zinssatz ist sehr günstig.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger ergänzt, die Stadtwerke zahlen Avalprovision, so bekomme die Stadt dafür, dass sie ihren Namen hergebe, Einnahmen von 0,25%.

10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich, bei 3 Enthaltungen, für das von der Stadtwerke Neckargemünd GmbH bei der Volksbank Neckartal eG aufgenommene Darlehen über 1.600.000,00 € eine Rückbürgschaft (befristet bis 30.04.2032) gegenüber der Stadtwerke Heidelberg GmbH in Höhe von 45,04 %, somit zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme für 720.640,00 €, zu übernehmen

11: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**

11.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

11.2: **Beratung:**

Stadträtin Schlüchtermann fragt, wofür man die 25.000 € für die Ukrainehilfe bisher verwendet habe.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger verspricht, dass dies recherchiert und mitgeteilt werde.

11.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt einstimmig die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

12: **Mitteilungen und Anfragen**

12.1 **Räume für die VHS**

Stadträtin Groesser legt der Stadtverwaltung ans Herz, neue Räume für die VHS zu erschließen. Dadurch könne die VHS mehr Deutsch- und Integrationskurse anbieten. Es mangle aber an Räumen. Man sei für alle Räumlichkeiten dankbar und möge es nochmals an die Öffentlichkeit tragen. Es wäre ganz arg wichtig zwecks Refinanzierung aber auch für die Geflüchteten.

12.2 **Sitzungsmappen**

Stadträtin Linier sagt, in der Zeit vor Corona habe es in jeder Sitzung eine Mappe, einen Block und Stift sowie Zugang zum Internet gegeben. Dies fehle nun.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger antwortet Mappen könne man wieder zur Verfügung stellen. Internetzugang sei gegeben.

12.3 Mülltonnen für „Datenmüll“

Stadtrat Bergsträsser fragt, ob man wieder die Mülltonnen für Dokumente nutzen könne. Frau Polte sagt dies zu.

12.4 Fußverkehrs-Check

Stadtrat Fritsch nimmt Bezug auf die Begehung der Strecken und fragt, warum man die Route nicht weiterziehe. Er schlägt vor, die zwei Zugänge der Weststadt abzulaufen, insbesondere die Unterführung müsse man ansehen.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger sagt, die Routen seien im ersten Workshop so besprochen wurden. Es folge noch der zweite Workshop.

12.5 Rainbach 2.0

Stadtrat Konrad fragt nach dem Sachstand, der zugesagten Verhandlung mit RED wegen Rainbach 2.0. Frau Polte sagt zu, sich zu diesem Thema zu erkundigen.

12.6 Griechische Weinstube

Stadträtin Oppelt fragt nach dem Sachstand zur Griechischen Weinstube.

Frau Polte verspricht, nachzufragen und schriftlich Rückmeldung zu geben.

12.7 Ölspur

Stadträtin Groesser berichtet, letzte Woche sei ein defekter Bus durch die Hauptstraße gefahren und habe das Pflaster am Marktplatz total verschmutzt. Die Ölspur müsse richtig beseitigt werden, die Stadtverwaltung solle da hinterher sein. Wenn ein Austausch von Pflastersteinen notwendig sei, müsse man diesen eben vornehmen.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger sagt, man habe den Verursacher und eine Firma, die mit Spezialgeräten alles reinige.

Stadträtin Groesser weist darauf hin, dass die Spur noch vorhanden sei.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger werde nachfragen, ob sie noch was machen können.

12.8 Ratsinformationssystem

Stadträtin Schlüchtermann fragt nach dem Sachstand.

Frau Polte antwortet, aufgrund der Vielzahl der Aufgaben im Fachbereich 1, insbesondere im Zusammenhang mit der Zusammenlegung, sei man noch nicht so weit wie erhofft und komme diesbezüglich nur langsam voran.

12.9 Ölspur Mückenloch

Stadtrat Scholl fragt, wer die Beseitigung von Ölsuren bezahle.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger antwortet der Verursacher bezahle. Wenn ein LKW Öl verliere, dann sei er ggf. nicht mehr zu ermitteln, aber hier habe man den Verursacher und dann müsse er bezahlen.

Stadtrat Scholl fragt weiter nach dem Ölfleck bei der Bushaltestelle in Mückenloch.

Bürgermeister-Stellvertreter Rehberger verspricht dies zu klären.

1. Bürgermeister-Stellvertreter

Die Urkundspersonen
Stadtrat Bernauer

Die Schriftführerin

Stadtrat Wachert